

11. Kunstpolitische Grundprinzipien: Vollumfängliche Kunstfreiheit und politisch unabhängige öffentliche Kulturförderung

Die kulturpolitischen Grundprinzipien zur Gestaltung einer kulturellen Vision fordern wiederum kunstpolitische Prinzipien ein, was mit einer Aufwertung des Künstlerischen und einer vollumfänglichen Kunstfreiheit einhergeht. Um eine kulturelle Vision der Demokratie als Gegenentwurf zu kriegerischen Auseinandersetzungen und zunehmender Polarisierung zu schaffen, ist Kunst gefragt. Die geschichtlichen Linien offenbaren, dass Kunst aufgrund ihres Vermögens, einen klar definierten Raum zu schaffen, in welchem Möglichkeiten eröffnet werden, zu spinnen, zuzuspitzen, zu übertreiben, zu entspannen, zu ärgern, in andere Welten zu entführen, die Realität umzudrehen und zu entspannen, ein Grundpfeiler der Demokratie ist, wenn sie unabhängig ist.

11.1 Unterscheidung von Kunst und Kultur und vollumfängliche Kunstfreiheit

Auf den ersten Blick mag es überraschen, doch vor dem Hintergrund der letzten hundertfünfzig Seiten dieses Buches ist es folgerichtig: Aus kultur- bzw. kunstpolitischer Perspektive sollte präziser zwischen Kunst und Kultur unterschieden werden. Sicherlich sind die Grenzen fließend, doch verbergen sich hinter beiden Begriffen zwei verschiedene Prinzipien, die in ihrer Unterschiedlichkeit enorm entscheidend für die De-

mokratie sind. Kultur bietet den Raum zur Gestaltung der Identität der Demokratie, zur Umsetzung der Verantwortung des Erinnerns, des gesellschaftlichen Miteinanders und zur Wahrung und Sichtbarmachung der Grund- und Menschenrechte. Sie ist auf diese Weise mit den unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft verbunden. Politik prägt diesen Raum mit ihren Entscheidungen in hohem Maße und gestaltet die Ausrichtung, was ihr gutes Recht ist, da sie von demokratisch gewählten Vertreter*innen legitimiert ist.

Im Bereich der Kunst sieht dies jedoch anders aus. Die Geschichte zeigt, dass Kunst Gesellschaft in ihrer Gänze und somit auch die Politik befragen, kritisieren und reflektieren muss. In den letzten Kapiteln wurde deutlich, dass je freier die Kunst, desto größer ist die demokratische Reflexion einer Gesellschaft. Eine von der Politik unabhängige öffentliche Kulturförderung ist in Deutschland zwingend notwendig, nicht nur aufgrund der Erfahrung der politischen Einflussnahme der letzten Zeit. Nur auf diese Weise kann die im Grundgesetz verbürgte Freiheit der Kunst garantiert werden und können Kunstinstitutionen als rechtsstaatliche Räume zur demokratischen Debatte und Reflexion vollends genutzt werden.

In Zeiten von Polarisierungen und großen gesellschaftlichen Herausforderungen haben Kunsträume immer schon ihr Potenzial gezeigt, tradierte Abläufe zu befragen, Visionen zu spinnen und Sphären des Frusts, der Freude und des Genusses zu schaffen. Der Gesellschaft werden so Räume gegeben, sich zu suchen, zu experimentieren und sich zu finden. Innerhalb politischer Spannungen gelingt dies aber nur, wenn Kunst vollumfänglich frei ist und weder Künstler*innen und Kunstinstitutionen noch amtierende Politiker*innen unter Druck stehen, weil sie instrumentalisiert oder kontrolliert werden.

11.2 Unabhängige Entscheidungsgremien: Das schwedische Arm's Length Principle

In Schweden und in anderen nordischen Ländern wurde im letzten Jahrhundert das britische Arm's-Length-Principle zu einem Modell weiterentwickelt, nach welchem die amtierende Politik die Finanzierung für Kunst und Kultur garantiert, aber unabhängige Gremien über die Ausrichtung und die Vergabe entscheiden. Anders das Vorgehen in der Bundesrepublik, welches nach dem Ende des Nationalsozialismus zwar im Grundgesetz die Kunstfreiheit in hohem Maße betont, doch der amtierenden Politik weiterhin viel Einflussnahme gewährt. Schweden und die nordischen Länder waren da konsequenter.

In den gegenwärtigen Debatten um die Documenta fifteen, die Berlinale und um den Buchhandlungspreis im Jahr 2026 wird einerseits die Bedeutung von Kunst für rezente Kontroversen sichtbar, andererseits aber auch, wie leicht diese Räume unter Druck geraten und verunsichert werden können, da sie von der Gunst der amtierenden Politik abhängig sind und diese wiederum im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessengruppen steht. Um die Abhängigkeit von politischen Debatten und Einflussnahmen zu beenden, muss das Recht auf Kunstfreiheit auch für Institutionen gelten.

Dem Argument, extremistische und verfassungsfeindliche Strömungen könnten dann einfacher die Institutionen kapern, ist entgegenzuhalten, dass die Besonderheit von Kunst ist: Sie findet in öffentlichen Räumen statt und kann meist einen allgemeinen Zugang garantieren. Kunst- und Kulturpolitik sollte mehr Vertrauen in die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland haben, dass die Mehrheit Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der Ausgrenzung durchaus im offenen Diskurs begegnen und somit entkräften kann. So geriet im öffentlichen Diskurs eigentlich erst im Zuge der documenta fifteen in den Fokus, dass antisemitische Strukturen hierzulande und weltweit zunehmen. Ein Kunstfestival war somit Initiatorin dieser wichtigen Debatte und Sichtbarmachung.

11.3 Kunstpolitische Grundprinzipien einer unabhängigen Förderung

Kunstpolitik ist nun gefragt, die ersten Schritte für eine unabhängige öffentliche Kunstförderung im Sinne des Arm's Length Principle zu gehen:

- **Unabhängige Gremien:** Wie sollten sich die unabhängigen Gremien zusammensetzen? Wie werden diese Expert*innen aus der Gesellschaft heraus benannt?
- **Dialog mit den Parlamenten:** Auf welche Weise kann ein Dialog mit den Kulturausschüssen der Parlamente ermöglicht werden, der auf Augenhöhe und ohne politische Kontrolle funktioniert?
- **Prozessgestaltung:** Der Prozess fordert die Einbeziehung der verschiedenen Stimmen der Gesellschaft ein, die nun allesamt gefragt sind. Die Kunst-, Kultur- und Verbandslandschaft in Deutschland ist vielseitig, ebenso die Interessensvertretungen verschiedener Gruppen. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene können Behörden und Ministerien mit ihren Expert*innen diese Prozesse unterstützen und parlamentarisch absichern.
- **Unabhängiger Kunstetat auf Bund, Landes- und Kommunalen Ebene:** Darüber hinaus muss sich die Gesellschaft darüber einig werden, dass Kunstförderung eine Pflichtaufgabe darstellt und der Etat unabhängig sich beispielsweise am Gesamthaushalt orientiert.